



Grafik: iStock.com/TarikVision

Die Qualität der Steuer- und Abgabenprozesse über einen Berufsstand zu gewährleisten, der ein nachgewiesenes Qualifizierungsniveau hat und weisungsfrei ist, ist eine bewusste Entscheidung des Gesetzgebers

Lohn- und Gehaltsabrechnung

Beauftragung eines Steuerberaters – AV oder nicht?

Übernimmt ein Steuerberater die Gehaltsabrechnung für ein Unternehmen, stellt sich die Frage, ob dies in den Bereich der Auftragsverarbeitung (AV) fällt. Die Aufsichtsbehörden sind unterschiedlicher Meinung.

Es schien alles klar: Die Datenschutzkonferenz (DSK) legte in ihrem Kurzpapier Nr. 13 vom 16.01.2018 fest, dass es keine „Funktionsübertragung“ mehr gibt. Sie stellte aber im Anhang B dazu klar, dass eine Inanspruchnahme fremder Fachleistungen keine Auftragsverarbeitung nach Art. 28 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) sei, wenn der Dienstleister diese eigenverantwortlich erbringt.

Funktionsübertragung ade

Als Beispiele führte die DSK dann neben Berufsgeheimnisträgern wie Rechtsanwälten, Steuerberatern und Wirtschaftsprüfern auch externe Betriebsärzte sowie Postdienstleistungen und Inkassounternehmen bei abgetretenen Forderungen auf. Einen Überbegriff für diese besondere Art der Beauftragung von eigenverantwortlich zu erbringenden Tätigkeiten hat die DSK vermieden. Die jeweilige datenschutzrechtliche Grundlage sei in Art. 6 DSGVO zu suchen.

Lohn- und Gehaltsabrechnung = doch Auftragsverarbeitung?

Eine Veröffentlichung der Landesbeauftragten für Datenschutz Nordrhein-Westfalen (LDI NRW) 2018 änderte diese Festlegung für eine bestimmte Tätigkeit einer der genannten Berufsgruppen ab (<http://ogy.de/Datenverarbeitung-Steuerberatung>): Erstellt ein Steuerberater die Lohn- und Gehaltsabrechnung, sei dies eine Auftragsverarbeitung.

Woher kommt diese Einschätzung? Die Landesbeauftragte für Datenschutz NRW splittet diese gemischte Tätigkeit eines Steuerberaters auf in einen Beratungs- und einen technischen Leistungsteil. Allerdings: Eine Aufteilung in Teilleistungen lässt das Steuerberatungsgesetz (StBerG) nicht zu. Bei einer weisungsabhängigen Tätigkeit, die den Abschluss einer Vereinbarung zur Auftragsverarbeitung voraussetzt, riskiert ein Steuerberater seine Berufszulassung.

Freie Berufsausübung

Nach dem Steuerberatungsgesetz übt ein Steuerberater einen freien Beruf aus (§ 32 Abs. 2 StBerG). Diese Ausübung erfolgt unabhängig, eigenverantwortlich, gewissenhaft, verschwiegen und unter Verzicht auf berufswidrige Werbung (§ 57 Abs. 1 StBerG). Eine Aufsplittung in einzelne Leistungsbereiche hat der Gesetzgeber bei der Ausgestaltung der berufsrechtlichen Regelungen nicht vorgesehen. Die Hauptleistung eines Steuerberaters liegt immer in der Beratung. Auch bei der Lohn- und Gehaltsabrechnung gilt, selbst wenn für den Mandanten oder dessen Arbeitnehmer dies nicht erkennbar sein sollte: Der Steuerberater steht in der Haftung, dass die Berechnung ordnungsgemäß erfolgt.



BEISPIEL

Dass ein Steuerberater unabhängig arbeitet, zeigt dieses Beispiel: So muss er trotz einer Weisung des Mandanten, aus der sich eine Unterschreitung des Mindestlohns ergeben würde, eine ordnungsgemäße Berechnung durchführen. Wäre er nur ein Auftragsverarbeiter, könnte er es bestenfalls bei einem Hinweis bewenden lassen.

Das Bayerische Landesamt für Datenschutzaufsicht (BayLDA) hat dies in einer eigenen Stellungnahme im Rahmen seiner FAQs zur DSGVO berücksichtigt (<http://ogy.de/Steuerberater-keine-AV>). Der Bundesgesetzgeber habe dem Steuerbe-

rater eine gewerbliche Tätigkeit außerhalb des Steuerberaterrechts grundsätzlich untersagt (§ 57 Abs. 4 Nr. 1 StBerG). Auch müsse der Steuerberater bei der Beratung zur Lohnbuchhaltung und bei der Erstellung selbst die Verantwortung übernehmen und könne sich nicht wie allgemeine Dienstleister auf Weisungen von Mandanten berufen.

Keine Vergütungsgrundlage für Teilleistungen

Aus den gesetzlichen Regelungen der Steuerberatervergütungsverordnung (§ 34 StBVV) zur Lohnbuchführung ergibt sich ebenfalls keine Unterscheidung zwischen einer Beratungs- und einer technischen Leistung. Beides ist Teil der unbeschränkten Hilfeleistung in Steuersachen (Umkehrschluss aus § 6 Nr. 4 StBerG).

Rechtsgrundlage der Mandatierung

Die datenschutzrechtliche Grundlage der Mandatierung durch ein Unternehmen wird im Regelfall Art. 6 Abs. 1 Buchst. f DSGVO – Wahrung der berechtigten Interessen des Verantwortlichen – sein. Dies lässt sich auf alle Leistungen, die ein Steuerberater erbringt, anwenden. Es sind keine Gründe ersichtlich, die in der besonderen Situation der betroffenen Person liegen und die einen erfolgreichen Widerspruch nach Art. 21 Abs. 1 DSGVO begründen würden.

Die Leistungen des Steuerberaters stehen in unmittelbarem Zusammenhang mit den gesetzlichen Pflichten eines Unternehmens. Das betrifft Pflichten, die sich aus der Durchführung des Beschäftigungsverhältnisses und der Datenverarbeitung für die steuer- und sozialversicherungsrechtliche Abführung von Zahlungen und Informationen ergeben, aber auch aus der Datenverarbeitung im Rahmen einer ordnungsgemäßen Buchführung.

Besondere Kategorien personenbezogener Daten

Die Weitergabe von besonderen Kategorien personenbezogener Daten an einen Steuerberater lässt sich über Art. 9 Abs. 2 Buchst. g DSGVO begründen. Denn die berufsrechtlichen Regelungen des Steuerberaters, flankiert durch eine strafrechtlich sanktionierte Verschwiegenheitspflicht (§ 203 Abs. 1 Nr. 3 Strafgesetzbuch), stehen in einem angemessenen Verhältnis zu dem Ziel, dass ein Unternehmen sich fachkundig zu den steuer- und abgaberechtlichen Tatbeständen beraten und unterstützen lassen kann, um ein ordnungsgemäßes Besteuerungsverfahren sicherzustellen.



Dabei werden die sensiblen Daten nur als wirtschaftliche Information gewertet. Das ermöglicht es auch Unternehmen wie einem Sanitätshaus oder einem Optiker, deren

Geschäftszweck es erfordert, Gesundheitsdaten zu verarbeiten, einen Steuerberater in Anspruch zu nehmen.

Rechtsgrundlage speziell für die Lohnbuchführung

Für die Beratung und die Unterstützung bei der Lohn- und Gehaltsabrechnung lässt sich auch auf Art. 88 DSGVO i.V.m. § 26 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 3 Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) zurückgreifen. Das gilt, wenn die Übermittlung an den Steuerberater für Zwecke des Beschäftigungsverhältnisses erfolgt und die Datenverarbeitung erforderlich ist, um Rechte auszuüben oder rechtliche Pflichten zu erfüllen aus dem Arbeitsrecht, dem Recht der sozialen Sicherheit und des Sozialschutzes. Durch die Berufs- und strafrechtlichen Regelungen, denen der Steuerberater unterliegt, besteht kein Grund, anzunehmen, dass ein schutzwürdiges Interesse der betroffenen Person am Ausschluss der Verarbeitung überwiegt.

Ein Paradebeispiel

Die Mandatierung eines Steuerberaters ist somit ein Paradebeispiel, wie der nationale Gesetzgeber Tatbestände schaffen kann, die sich unmittelbar auf eine datenschutzrechtliche Bewertung auswirken.



Rudi Kramer ist Syndikusanwalt in Nürnberg und engagiert sich als Dozent bei der Initiative „Datenschutz geht zur Schule“ des BvD e.V.

IMPRESSUM

Verlag:

WEKA MEDIA GmbH & Co. KG
Römerstraße 4, 86438 Kissing
Telefon: 0 82 33.23-40 00
Fax: 0 82 33.23-74 00
Website: www.weka.de

Herausgeber:

WEKA MEDIA GmbH & Co. KG
Gesellschafter der WEKA MEDIA GmbH & Co. KG sind als Kommanditistin:
WEKA Business Information GmbH & Co. KG und als Komplementärin:
WEKA MEDIA Beteiligungs-GmbH

Geschäftsführer:

Stephan Behrens, Michael Bruns,
Werner Pehland

Redaktion:

Ricarda Veidt, M.A. (V.i.S.d.P.)
E-Mail: ricarda.veidt@weka.de

Anzeigen:

Anton Sigllechner
Telefon: 0 82 33.23-72 68
Fax: 082 33.23-5 72 68
E-Mail: anton.sigllechner@weka.de

Erscheinungsweise:

Zwölfmal pro Jahr

Aboverwaltung:

Telefon: 0 82 33.23-40 00
Fax: 0 82 33.23-740
E-Mail: service@weka.de

Abonnementpreis:

12 Ausgaben 198,00 €
(zzgl. MwSt. und Versandkosten)
Einzelheft 18 €
(zzgl. MwSt. und Versandkosten)

Druck:

Geiselman Printkommunikation GmbH
Leonhardstraße 23, 88471 Laupheim

Layout & Satz:

metamedien
Spitzstraße 31, 89331 Burgau

Bestell-Nr.:

09100-4058

ISSN-Nr.:

1614-6867

Bestellung unter:

Telefon: 0 82 33.23-40 00
Fax: 0 82 33.23-74 00
www.datenschutz-praxis.de

Haftung:

Die WEKA MEDIA GmbH & Co. KG ist bemüht, ihre Produkte jeweils nach neuesten Erkenntnissen zu erstellen. Die inhaltliche Richtigkeit und Fehlerfreiheit wird ausdrücklich nicht zugesichert. Bei Nichtlieferung durch höhere Gewalt,

Streik oder Aussperrung besteht kein Anspruch auf Ersatz. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Kissing. Zum Abdruck angenommene Beiträge und Abbildungen gehen im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen in das Veröffentlichungs- und Verbreitungsrecht des Verlags über. Für unaufgefordert eingesandte Beiträge übernehmen Verlag und Redaktion keine Gewähr. Namentlich ausgewiesene Beiträge liegen in der Verantwortlichkeit des Autors. Datenschutz PRAXIS und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Jeglicher Nachdruck, auch auszugsweise, ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlags und mit Quellenangabe gestattet.